



Erscheinung
täglich mit Ausnahme von
Sonntagen und Feiertagen.

Bezugspreis
vierteljährlich 3,50 M., frei ins
Haus gebracht; durch die Post
bezogen 3 M. 25 Pfg.

Wogenkarten 25 Pfg.
Einzelnummern kosten
10 Pfg.

Kreiszeitung

für den Ober-Taunus-Kreis.

Anzeigenpreis

die viergespaltene Garmond-
zeile oder deren Raum 20
Pfg.; im Nachdruckteil die
Zeile 15 Pfg. — Nach-
schub bei öfteren Wiederhol-
ungen. — Laufende Wohn-
ungsanzeigen nach Ueberein-
kunft.

Geschäftsstelle

Kaiserstraße 78, Fernruf 414
Postfachkonto Nr. 11965
Frankfurt a. M.

Der Aufstand der Polen.

Es hat den Polen des preussischen „Teilgebietes“ doch zu lange gedauert. Noch ganz vor kurzem versicherten sie jedem der es hören wollte, daß sie nicht daran dächten, vollendete Tatsachen zu schaffen, sondern daß sie die Entscheidung über ihre Ansprüche unter allen Umständen der Friedenskonferenz überlassen wollten. Da kam Herr Paderewski, der Klammerlöwe, ins Land, und seine Rüst scheint die Herrschaften in der Residenzstadt Posen ganz und gar die Köpfe verwirrt zu haben. Ueber Nacht hatten sie sich eines anderen besonnen: es müßte losgeschlagen werden, gleich und sofort. Und es wurde losgeschlagen. Jemandem beliebiger Vorwand war mühelos geschaffen oder gefunden, und — unglaublich aber wahr: die deutsche Provinz Posen hat aufgehört zu existieren. Ob sie bereits in aller Form zum Polenreich geschlagen worden ist oder ob diese letzte Verfügung über sie noch aufgespart wird, läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen, da die Polen den Nachrichtenverkehr von und nach der Hauptstadt des Landes vollkommen beherrschen. Soviel ist aber gewiß: sie sind die ausschließlichen Herren der Lage, und wenn wir jetzt noch etwas erreichen wollen in unserer Ostmark, so werden wir verhandeln oder — handeln müssen.

Es hat keinen Zweck zu jammern über diesen Rechtsbruch, der sich da vor unseren Augen vollzogen hat. Hinzuzurechnen auf die Segnungen deutscher Kulturarbeit, die den Polen in noch höherem Grade zugute gekommen sind als unseren eigenen Stammesgenossen, auf die Befreiung ihrer Landsleute im Russischen durch Ströme deutschen Blutes, oder gar auf die Unerfahrenheit des Verlustes, durch den das ganze Reich und seine Ernährung bedroht ist, wenn diese Korn- und Kartoffelländer des Ostens in andere Hände übergeht. Die Polen denken nur an ihre Interessen, an sonst nichts in der Welt. Und daß wir uns gerade darin von ihnen haben übertreffen lassen, damit lieferten wir uns ihrer überlegenen Realpolitik aus. Mußte es nicht ihr Machtbewußtsein über die Mäßen verstärken, wenn sie immer nur mit der Stirne zu runzeln brauchen um sofort zu erleben, daß ein oder mehrere Befehlsträger nach Polen eilen und bei den Herren von der polnischen Regierung um gut Wetter bitten? Mit der Einföhrung eines Provinzialernährungsamtes fing die Vorzeigung an: die Berliner Instanzen genehmigten diese Eigenmächtigkeit und glaubten etwas erreicht zu haben, als sie für das Zusammenarbeiten dieser Behörde mit der Zentralstelle einige Richtlinien vereinbart hatten. Schrittweise drangen die Polen dann weiter vor. Der Heimatschutz, der Grenzschutz, nichts wollten sie sich gefallen lassen. So ist es gekommen, daß die ganze große Provinz militärisch so gut wie verlassen war. Nur in Polen selbst machte sich endlich, endlich eine Gegenbewegung bemerkbar. Das Deutschtum der Provinz begann sich zu organisieren und laut und deutlich seine Stimme zu erheben. Aber es scheint schon zu spät gewesen zu sein. Im Lande selbst fand es zwar ein vielfaches Echo und die deutschen Soldaten der Provinz nahmen den Bedruck ihrer führenden Männer und Frauen lebhaft auf, bereit, für ihr Volkstum und für ihr Vaterland auch auf der heimischen Scholle zu kämpfen, wenn es sein mußte. Aber anderswo sah man ungerne die „Verständigung“ mit den Polen bedroht und Herr Wilson, den man telegraphisch an das Vorhandensein von 800 000 Deutschen allein in der Provinz Posen erinnert hatte, blieb stumm wie das Grab. Im letzten Augenblick scheinen die Polen durch bestimmte Nachrichten aus dem Ententelager ermutigt worden zu sein, oder die Stagnation der politischen Entwicklung in Warschau hat sie zu kühnen Entschlüssen angetrieben

— kurz, sie schlugen los in dem Augenblick, da es ihnen gut und nützlich dünkte.

Und müssen wir nicht auch Oberschlesien, ja müssen wir nicht auch Westpreußen gleichfalls schon so gut wie verloren geben? Die Feder sträubt sich wohl, solche Gedanken und Befürchtungen zu Papier zu bringen; aber vergrößern wir nicht lediglich die Gefahren, indem wir ihnen ausweichen, statt sie mutig aufs Korn zu nehmen? Daß bei den Russen und Ausländern im ober-schlesischen Kohlengebiet die Polen ihre Hand im Spiele haben, wird von keiner Seite bestritten, und daß der Zweck der ganzen Uebung dort darin besteht, Vorwände für eine fremdländische Intervention zu schaffen, um dem neuen Polenreich auf diese billige Art und Weise auch die unentbehrliche Industriebasis zuzuschlagen, kann jeder Blinde mit dem Stod fühlen. Und Danzig? Auch hier hat sich bereits ein Volkstrat gebildet — in einer Stadt, die ganze zwei Prozent Polen in ihrer Mitte birgt! Soweit ist es gekommen, „Danzig wird und muß polnisch werden“ — die Polen machen daraus gar kein Hehl. Ihr fahghafter General Haller spukt bereits vor den Toren; aber es ist vielleicht wirklich nur eine Frage der Zeit, kurzer Zeit, wann er leibhaftig und an der Spitze einer namhaften Armee Einlaß begehren wird. Die Polen wollen es so, und sie berufen sich auf — Wilson.

Herr Noske, der neue Volksbeauftragte, spricht von Bildung einer „Vollwehr“ und von energischem Vorgehen gegen den polnischen Uebermut und die polnischen Raubzüge. Bei solchen anerkennenswerten Worten aber darf es nicht bleiben, heute gilt es, den wankenden Reichslan durch entschlossene Taten zu stützen.

W. Berlin, 3. Jan. (Priv.-Tel.) Im „Vorwärts“ wird der Schutz unserer Grenzen gefordert. Es ist allerhöchste Zeit, heißt es, daß wir genügend starke, rein deutsche Truppenteile nach Osten in Marsch setzen und die Polen nicht nur wieder zurückschlagen, sondern ihnen die Waffen abnehmen und ihre Organisationen auflösen. Mit der Achtung vor der polnischen Sprache und vor berechtigten Eigentümlichkeiten der Polen hat das nicht das mindeste zu tun.

Waffenstillstand und Besetzung.

Absperrung des gesamten Rheinlandes?

Berlin, 2. Jan. (W. B.) Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ meldet: Mit dem 1. Januar hat die Entente, vom übrigen Deutschland wenig bemerkt, ihren zahlreichen Verlehlungen des Waffenstillstandsvertrages mit einem brutalsten Rechtsbruch die Krone aufgesetzt. Seit gestern hat die Entente die gesamten Rheinlande gegen Deutschland hermetisch abgeschlossen. Kein Eisenbahnzug darf in das besetzte Gebiet hinein oder heraus. Zum Teil werden die Schienenstränge zerstört. Kein Fuhrwerk darf den Rhein mehr passieren, auch der Personenverkehr ist grundsätzlich verboten und beschränkt sich auf ganz wenige mit besonderen Ausweisen versehene Personen.

Mannheim, 2. Jan. (W. B.) Der Rheinbrückenverkehr zwischen Mannheim und Ludwigshafen ist seit 1. Januar morgens gesperrt. Die Brücke darf nur gegen Ausweis passiert werden.

St. Mainz, 2. Jan. Auf dem Dampfsboot „Elberfeld“ trafen dieser Tage von Straßburg kommend größere französische Truppenmengen hier ein. Ihrem Empfang wohnte General Mangin inmitten eines Kürassier-Regiments bei. — Zu Ehren des hier weilenden amerikanischen

Generals Didmann fand eine große Parade der französischen Truppen statt.

Die Friedenskonferenz.

Berlin, 2. Jan. (W. B.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über die Vorarbeiten für die Friedenskonferenz:

„Wie wir von zuständiger Seite erfahren, nehmen die von der Reichsregierung angeordneten Vorarbeiten für die Friedenskonferenz einen guten Fortgang und dürften demnächst zum Abschluß gelangen. — Der Schwerpunkt der Arbeiten liegt naturgemäß beim Auswärtigen Amt, wo das außerordentlich umfangreiche Material von der politischen, handelspolitischen und Rechtsabteilung bearbeitet wird. Außerdem nehmen aber auch zahlreiche Reichsämter und sonstige Behörden, namentlich das Reichsamt des Innern, das Reichswirtschaftsamt, das Reichsschatzamt, das Reichsgesundheitsamt, das Reichsmarineamt und das Kriegsministerium an diesen Arbeiten teil. Für besondere Fragen technischer Natur sind sehr zahlreiche namhafte Sachverständige zur Mitarbeit herangezogen worden.“

Deutsch-Österreich.

W. Berlin, 3. Jan. (Priv.-Tel.) In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ heißt es unter der Ueberschrift „An Deutsch-Österreich“: Es ist klar, daß Frankreich mit allen Mitteln seiner glänzenden Diplomaten und Presse jede Verhärterung des Deutschtums zu hintertreiben sucht und daher einem wirtschaftlichen Zusammenschluß aller neuen Staaten der Donaumonarchie energisch das Wort redet. Damit wurden die Deutsch-Österreicher dem Slaventum in aller Zukunft auf Gnade oder Ungnade ausgeliefert. Dieses Projekt aber findet den schärfsten und auch wohl begreiflichsten Widerstand im Lager der Entente selbst; denn Italiens wirtschaftliche Pläne werden dadurch auf das empfindlichste durchkreuzt. Seine gesamte Presse läßt keinen Zweifel daran, daß das italienische Volk durch die von Frankreich betriebene einseitige Unterstützung der slawischen Wünsche auf das schwerste verletzt ist. Sie geht sogar so weit, die dauernde Festsetzung Frankreichs am Rhein energisch zu bekämpfen, und dazu gesellen sich immer wieder englische Stimmen, die bereit sind, den rein deutschen Charakter weiter Strecken Österreichs und ihren Anschluß an das Reich als die gegebene Lösung nach dem Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen. Dürfen wir da die Hände in den Schoß legen? Dürfen wir Volksgenossen, die zu uns kommen wollen, durch unsere Gleichgültigkeit zurückweisen? Waren nicht sie es, die in diesen ganzen schweren Jahren den Bundesgedanken immer wieder betont und mit dem Blut ihrer Besten unter den unglaublichsten Schwierigkeiten an der Front und im Lande für ewige Zeiten besiegelt haben? Wir hören mit Freude, daß in nächster Zeit eine Verfügung der Reichsregierung erscheinen wird, die den Deutsch-Österreichern im Reich das Recht gibt, an unseren Wahlen teilzunehmen. Damit ist ein Anfang gemacht. Wir dürfen aber nicht dabei stehen bleiben. Zeigen wir Deutsch-Österreich durch die Tat, daß wir in die hingestreckte Hand mit Begeisterung einschlagen; 8 Millionen gute Deutsche, die im Kampf um ihr Alles stehen, dürfen nicht verloren gehen. Wir brauchen sie!

Bur Internierung Madensens.

Budapest, 2. Jan. (W. B.) Das Ungarische Corr.-Bur. berichtet bereits gestern, daß die Franzosen Generalfeldmarschall v. Madensens im Fother Castle interniert

Felice.

Roman von Arthur Windler-Tannenberg.

(Fortsetzung)

(Nachdruck verboten.)

Aber bewundern? Ja — da war an dem Peter Kulisch freilich gar nichts zu bewundern. Wie sie gestern, er mit sieben oder acht anderen, um den einen Mann gestanden hatten, eine Meute kläffender Hunde um den Hirsch! Und gekläfft hatten sie auch, nur gekläfft, nicht angepaßt!

Oh, wenn Anton Wegner erst gewußt hätte was in der Nacht geschehen war, seine allerdings sehr platonische Sympathie für den Himmelblauen wäre erheblich gestiegen und die für Peter gesunken. So aber beendete er seine Rückerinnerungen unter vermehrter Dampfentwicklung mit dem kurzen, aber lauten Monologe: „Einem Kutscher geb' ich das Rädel nicht!“

Und dann, die Feder vom Wegnerschen Gute stießen an den Besitz der Kulischs, beide zusammen gaben ein Areal, dem sich nichts im Dorfe vergleichen konnte. Darauf würde dann ein Enkel von ihm haufen und nach dem Baron der erste und reichste in Uhlenkamp sein. Da hatte es doch keinen Zweck sich beim Bewundern aufzuhalten. Geld zu Geld, Bauersohn zu Bauersdchter, so war's recht und gut. — Aee, nee!

„Einem Kutscher geb' ich das Rädel nicht!“

Auch Felice ärgerte sich.

Sie war sich selbst nicht ganz klar. War es Mitleid, oder war es brennende Neugier, was ihr Sinnen und Suchen immer wieder auf das Lebensschicksal dieses felt-

samen Menschen zurücklenkte, der in niederer, dienender Stellung ihr höher erschien als manche, eigentlich als alle ihr bekannten Standesgenossen. Ja, sie wollte, sie mußte die Frage wiederholen, welche sie vorhin an Leo gestellt hatte. Die Gelegenheit würde sich bieten. Sie konnte leicht geschaffen werden bei einem neuen, gemeinsamen Ausritt.

Es klopfte. Auf Felices „Herein“ erschien Johann. Er hatte die Posttasche in der Hand, die Tom soeben gebracht hatte. Felice nahm sie an sich und Johann ging hinaus.

Ohne rechtes Interesse folgte sie die Zeitung auseinander. Während draußen schon die Schritte Johanns in der Treppenhölzung verhallten, flatterte aus den Druckblättern eine Postkarte zur Erde.

Felice nahm sie auf. Eine Ansichtskarte war's, die Pfaueninsel bei Potsdam darstellend. Wer schrieb ihnen von dort, vielleicht Horst? Unbedenklich wendete sie, und da standen die zwei Zeilen:

„Liebster Hans!“

Von einem wundervollen Bootsausflug senden Dir tausend herzliche Grüße

Martha, Frieda, Louise.“

Hans? Wer hieß hier Hans? Ach so, Johann natürlich, und zur Feststellung sah sie sich die Adresse an.

„Herrn Johannes Krenjewski, herrschaftlicher Kutscher auf Schloß Uhlenkamp, Poststation Hünenrade.“

Zum ersten Male erfuhr Felice, daß Leo ja gar nicht Leo hieß. Daß sie daran noch nie gedacht hatte. Auf Uhlenkamp gab es doch lauter Erbnamen. Manchem mochte es gleich sein, er vermietete sich unter jedem beliebigen Namen, aber wem's nicht recht war, mußte der es nicht als immer neue Demütigung empfinden, so oft er angesprochen wurde?

Zum Beispiel Leo! Da war sie wieder bei ihm mit dem Kreislauf ihrer Gedanken. Er hieß Johannes, Hans, wenn ihn freundlicher Anruf nannte, und hier nannte ihn jeder — sie selbst — Leo!

Freundlicher Anruf! Sie drehte die Karte in den Händen: „Liebster Hans!“ und drei Mädchennamen, ob ihm einer davon was Besonderes galt? „Liebster“ hätte nur eine sagen dürfen! Oder bedeutete es nichts, dieses „Liebster“?

Schon wieder neue Neugier, und schon wieder am feinsten Willen, dieses Leos oder dieses Hans', wie sie jetzt wohl immer denken würde. Felice raffte sich entschlossen zusammen, ging an die Klingel und läutete.

Johann kam.

„Eine Karte, nicht für uns, war in die Zeitung gerutscht — geben Sie sie ab —“

„Zawohl, Fräulein Baronesse. Zugleich wollte ich zu Tisch gebeten haben. Es ist serviert.“

Im Speisezimmer traf sie den Vater und die Tante.

„Nun, wie war Hektor?“ fragte der Major, „daß Du zur ersten Probe Leo mitnimmst, freut mich.“

„Fast zu zahn, Papa —“

„So, so — also Leos Rezept hat geholfen.“

„Gründlich, aber er meinte, die Ruten könnten weiter kommen —“

„Und da hat er ganz recht. Du wirst gut tun, ihn auch weiter mitzunehmen.“

„Wie Du meinst, Papa.“

„Ja, das meine ich, und bei diesem erstklassigen Drefseur weiß ich dann ganz sicher —“

„Ach Gott, wenn das ist, dann tu's doch,“ mischte sich die Tante ins Gespräch. „Mir ist nachher eine Last von der Seele.“

haben. Graf Alexander Jellachich hat hierüber im „Ez“ folgendermaßen: „Es ist sicher, daß die Franzosen das Castell umschlossen haben, daß sie jeden Verkehr zwischen dem Castell und den Nebengebäuden absperrten würden. Auch das ist wahr, daß Generalfeldmarschall v. Madensen den Empfang des französischen Obersten abgelehnt hat, der Oberst aber trotzdem sein Zimmer betrat. Madensen hat sich an den Ministerpräsidenten Grafen Karolyn um Abhilfe gewandt. Der gestern abgehaltene Ministerrat befaßte sich mit der Angelegenheit. Der Ministerpräsident beauftragte mich, mit dem Leiter der französischen Militärmission Oberstleutnant Bor in Verbindung zu treten. Eine Besprechung hat noch nicht stattgefunden. Ich kann nur so viel sagen, daß sie normalerweise nur informativen Charakter tragen wird.“

Gegen die maßlosen Arbeiterforderungen.

Die deutsche Industrie ist bemüht, sich möglichst schnell auf Friedensarbeit umzustellen. Sie steht vor fast unlöslichen Aufgaben. Sie soll das deutsche Wirtschaftsleben wieder in Gang bringen, darf die bisher beschäftigten Arbeiter nur entlassen, wenn an anderer Stelle für Arbeit gesorgt ist, soll die aus dem Felde Zurückkehrenden wieder in ihre Betriebe aufnehmen, die Frauenarbeit abbauen, für den Frieden auf Vorrat arbeiten, Rohlandsarbeiten ohne Anspruch auf Gewinn in die Wege leiten und von jeglicher weiteren Ausführung von Kriegsaufträgen möglichst Abstand nehmen. Es fehlt ihr an Rohstoffen, Eisen und Kohle. Die lothringischen Erzgruben sind von den Franzosen besetzt. Die Kohlenförderung aus dem Saargebiet ist von unseren Feinden für uns gesperrt. Der oberösterreichische Kohlenbezirk wird von den Polen bedroht. Im Ruhrkohlengebiet wird gestreikt. Der Mangel an Lokomotiven und Wagen infolge der Abgabe einer ungeheuren Menge rollenden Materials an unsere Feinde erschwert die Zufuhr aller Hilfsstoffe, deren Preise bei geringem Vorrat in stetigem Steigen begriffen sind. Die Arbeitszeit ist herabgesetzt, die Arbeitsleistungen sind erheblich gesunken. Viele ungelernete Arbeiter sind in die Betriebe gekommen. Einnahmen der Arbeiter in die Betriebsleitung erschweren den Produktionsprozeß. Durch die Unsicherheit aller Verhältnisse, den Mangel an Ordnung und das Fehlen einer konsolidierten Staatsgewalt ist jeglicher wirtschaftlicher Unternehmungsgeist zurzeit erloschen. Der Verbraucher schränkt sich ein, da er bei den unsicheren Verhältnissen nichts kaufen will. Dabei schreit der Inlandsmarkt nach Ware und auch das Ausland würde sich bei gesicherten Verhältnissen bald als Abnehmer wieder melden. Arbeit wäre vorhanden, aber die Pflicht zur Arbeit ist bei den Arbeitern sehr stark im Kurse gesunken.

Hierzu treten die maßlosen Forderungen der Arbeiter, die, von einer radikalen Minderheit aufs äußerste aufgepeitscht, ohne Rücksicht auf die Produktionsverhältnisse Phantasielöhne fordern, die selbst den kapitalträchtigsten Betrieb in kürzester Zeit vernichten müssen.

An Mahnrufen der Arbeiterführer zur Besonnenheit hat es nicht gefehlt; aber sie scheinen den aufgeregten Arbeitermassen gegenüber wirkungslos zu verhallen. „Wenn die Lohnbewegung ohne Vermehrung der volkswirtschaftlichen Produktion so weiter geht, können wir den volkswirtschaftlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes schon jetzt auf Tag und Stunde berechnen“, hat Unterstaatssekretär Giesberts vom Reichsarbeitsamt gemahnt. „Unter den heutigen Löhnen ist Deutschland auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. In Kiel kostet der Bau eines Handelschiffes jetzt fünfmal so viel wie im Kriege“, hat Gustav Koste am 8. Dezember den Arbeitern zugerufen. „Bei den jetzigen Löhnen kann die A. G. S. nur noch ein halbes Jahr arbeiten. So wird es überall sein, wenn die Arbeiter Vorhandenes teilen wollen, statt neue Werte zu schaffen“, sagte an demselben Tage ein anderer Mehrheitssozialist. Die Lohnforderungen der Arbeiter in den

Siemenswerken beliefen sich auf 70 Millionen jährliche Mehrausgabe gegen die Kriegslöhne und auf 300 Millionen jährliche Mehrausgabe gegen die Friedenslöhne. Dabei herrscht Ueberfluß an Arbeitern und Arbeitslosigkeit in den Großstädten; aber die Arbeitslosen wollen die Großstädte nicht verlassen und pochen auf ihre Erwerbslosenunterstützung. Die Arbeiter scheinen nicht zu begreifen, daß durch maßlose Lohnforderungen jegliche wirtschaftliche Produktion vernichtet werden muß, und daß die Arbeiter sich mit der Vernichtung unserer Industrie ihre eigene Arbeitsmöglichkeit untergraben, also ihr eigenes Grab schaufeln. Steigende Löhne bei sinkender Erzeugung sind volkswirtschaftlich ein Unding und bedeuten nichts mehr und nichts weniger als Geldentwertung, Volkswirtschaftsarmut und Vernichtung aller Wirtschaftskräfte.

Der Vorsitzende des politischen Kabinetts in Preußen, Paul Hirsch, will ein Lohnamt gründen, um in den Reihen der Arbeiter Aufklärung über die schädlichen Folgen übertriebener Lohnforderungen zu verbreiten. Dieser Weg scheint zurzeit zu langsam zum Ziele zu führen. Schnellste Aufklärung der Arbeiter ist bitter nötig, denn Gefahr ist im Verzuge. Es erscheint daher bei den sich täglich zuspitzenden Verhältnissen und der immer drohender werdenden Anarchie des Wirtschaftslebens zurzeit als der einzige Ausweg, daß alle besonnenen Arbeiterführer sich mit allen ihren Kräften unverzüglich in den Dienst einer Aufklärung der Arbeitermassen stellen, die den Leuten klar macht, daß es so nicht weitergeht, daß nicht die Höhe des Nominallohnes das Entscheidende ist, sondern, daß die Höhe des Lohnes vom Produktionsprozeß abhängt. „Ohne Arbeit muß die deutsche Republik zugrunde gehen“, hat der Volksbeauftragte Ebert am 25. November ausgesprochen. Wir möchten formulieren: „Ohne Arbeit und mit Löhnen, die nicht die Produktion ermöglichen und stärken, sondern Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt vernichten, muß Deutschland zugrunde gehen.“

Lokale Nachrichten.

Bad Homburg v. d. H., 3. Jan. 1919.

* **Die Ausweise für die Wahl zur Nationalversammlung** sind sorgfältig aufzubewahren, da sie bei der Wahl am 19. Januar vorzulegen sind. Wer noch keinen Ausweis erhalten hat, wende sich auf dem Rathaus.

* **Stenographisches.** Der Stenographen-Verein Stolze-Schön lädt seine Mitglieder zu einer Versammlung auf Montag, den 6. Januar, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal „Frankfurter Hof“ ein. (S. Anzeigenteil)

* **Kontrollamt.** Es wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Dienststunden beim hiesigen Kontrollamt für den Obertaunuskreis und den Kreis Wülfingen für das Publikum nur vormittags von 8–1 Uhr und Sonntags von 9–11 Uhr angelegt sind. An den Nachmittagen bleibt das Kontrollamt für das Publikum geschlossen.

n. **Protestversammlung.** Die städtischen Beamten und Angestellten sowie der Lehrkörper des städt. Lyzeums versammelten sich am Donnerstagabend in der Goldenen Rose, um gegen den Beschluß der Stadtverordneten zu protestieren, die für die Teuerungszulage der Beamten die vom Magistrat angenommene staatliche Grundtaxe von 250 M. auf 175 M. herabsetzten, um mit diesen 75 Mark die Grundtaxe der Teuerungszulage für die städt. Lohnarbeiter zu erhöhen.

Eintretend wurde nachgewiesen, daß die Staatsmaschine nur dadurch noch arbeiten kann, daß die Beamten des Staates wie der Selbstverwaltung in treuer Pflichterfüllung ihre gegen früher weit schwerere Pflicht tun, weil sie wissen, daß ohne das der völlige Zusammenbruch erfolgen müßte. Die Staatsregierung, die jetzige wie die frühere, haben das anerkannt, indem sie diesen Beamten zwei Teuerungszulagen bewilligten. Die erste wurde auch in Homburg von den städt. Behörden anstandslos genehmigt, bei der zweiten verfahren die Stadtverordneten in der oben bezeichneten Weise. Dabei sind die Teuerungsverhältnisse noch schlimmer geworden, und die Stadtverordneten wissen selbst, daß gerade Homburg eine der teuersten Städte war und während des Krieges geblieben ist. Bei jener Herabsetzung der Grundtaxe wurde ganz außer Acht gelassen, daß die sozialistische Regierung selbst in zwei Erlassen in der Teuerungszulage verschiedene Sätze für Beamte und Lohnarbeiter aufgestellt u. gefordert hat. Warum tut man das nicht auch in Homburg, sondern weist Beamte und Lohnarbeiter in einen Topf?

Ein noch merkwürdigeres Verhältnis tritt dadurch bei den Lehrern und Lehrerinnen des Lyzeums ein. Sie erhalten jetzt eine geringere Teuerungszulage als die Lehrer der städtischen Volksschule, obgleich gesetzlich festgelegt ist, daß das Einkommen der Lyzeallehrer sich automatisch nach dem der Volksschullehrer regelt. Auch die akademischen Lehrer stehen jetzt zurück hinter den Lehrern des Gymnasiums, mit denen sie doch sonst völlig gleiche Anstellungsverhältnisse haben. Daß die Lyzeallehrer nun als Lehrer 2. Ranges behandelt werden und als Mähenbrödel zurückstehen müssen, geht doch wahrhaftig nicht an.

In der Debatte wurde viel bemerkt, daß Stadtverordnete, die noch jüngst als politische Parteiführer öffentlich und feierlich erklärt haben, mit allen Mitteln für die Hebung der sozialen Lage der Beamten eintreten zu wollen, nun mit ihrem Anhang völlig versagten und ihren Worten nicht die Taten folgen ließen. Für die politische Orientierung der Homburger Beamtenschaft wird dieser Vorgang nicht ohne Bedeutung sein. Zum Schluß, nachdem darauf hingewiesen worden war, daß sicher mancher Stadtverordnete nach erneuter Prüfung der Materie zu einer anderen Ansicht kommen würde, wurde eine Resolution angenommen, die durch den Magistrat den Stadtverordneten vorgelegt werden soll; sie erachtet die Gewährung des staatlichen Teuerungszuschusses als eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit.

Hoffen wir, daß die Stadtverordneten die in Anbetracht der sonstigen Kriegsausgaben geringfügige Summe be-

willigen und dadurch einem Konflikt vorbeugen werden, der für die Bürgerschaft unter den jetzigen politischen Verhältnissen recht bedenklich werden könnte.

* **Die Deutsch-Nationale Volkspartei** hält heute abend um 8 Uhr im „Strahburger Hof“ eine Mitgliederversammlung ab.

* **Kurhaustheater.** Der englische Dramatiker Bernard Shaw, der für den Sozialismus wirkte, hat in seinem vieraktigen Schauspiel von den bekannten „Häusern“ in den Weltstädten geredet, welche die „Gelegenheit“ für die „besseren“ Kreise der menschlichen Gesellschaft „gewerblich“ züchten und für Geld vermitteln. Ein solches Gewerbe betreibt eine Frau Kitty Warren, finanziell und auch sonst noch unterstützt von einem englischen Lebemann (es könnte ebenso gut ein Deutscher, ein Franzose, Amerikaner usw. sein, denn dieses Vaster ist bekanntlich international) als stillen Teilhaber. Daß die Kinder solcher „Weiber“ oft genug (landläufig gesprochen) „aus der Art schlagen“, kommt vor, und kommt auch in diesem Schauspiel vor. Wie Frau Kitty Warren zu dem „Gewerbe“ gekommen ist, erzählt sie — sie nennt es „Ihr Schicksal“ — im zweiten Akt. Ich habe „Frau Warrens Gewerbe“ vorher nicht gelesen und war deshalb (wohl wie die Mehrzahl der Zuschauer) lediglich auf die Interpretation der Schauspieler angewiesen. Gut dreiviertel von allem, was Frau Warren über ihr „Schicksal“ (ein wichtiger Abschnitt des Schauspiels) zu sagen hatte, ist mir unverständlich geblieben, weil Gertrud de Palsky-Kitty Warren (alle Achtung vor ihrem sonstigen Können) bei ihrer Rede einen allzu flüchtigen Konversationsston und ein so beschleunigtes Tempo wählte, was nicht im geringsten dazu beigetragen haben mag, daß die Vorstellung bereits eine viertel Stunde früher aus war, als auf dem Theaterzettel stand. Ich habe durchaus nichts dagegen, wenn der Schauspieler im sogenannten bürgerlichen Trauer- oder Schauspiel die reinste Natürlichkeit bei seinem Vortrag walten läßt, aber auch der Naturalismus kann übertrieben werden und er wird schon dadurch übertrieben, wenn der Darsteller so spricht, als ob er „zu Hause“ wäre, einerlei ob er vom Publikum verstanden wird, oder nicht. Das führt schließlich zur platten Werktagsprederei und entartet zur Nüchternheit.

Vorbildlich nicht nur in Bezug auf Deutlichkeit, Sprache und Ton, sondern auch hinsichtlich einer echt künstlerischen Verkörperung, wie sie tiefes Eindringen in den Stoff zu Stande bringt, erschien uns Gertrud de Palsky als Kitty Warren. Das sind seltene Schöpfungen (die von Gertrud de Palsky gehört auch dazu) zu welchen nur das für alle Regungen des Menschengesichtes aufnahmefähige, wiedererschaffende Genie befähigt ist.

Genau dasselbe gilt für Sir George Crofts des Willa Schröder, an dem jeder Zug echt war, bis auf die charakteristische Hülle und — den Spazierstock. So war der Pastor Gardner des Alois Großmann und der Fried des Hans Schmarke, kaum geringer der Frank des Otto Wallburg.

Der Spielleitung des Herrn Otto Hennig für gut durchdachte Anordnung und einwandfreies Zusammenspiel der Mitglieder des Frankfurter „Neuen Theaters“ unsere Anerkennung.

Verdiente Beachtung fand die Gestaltung der Bühnenbilder (hervorstechend die prächtige Walddekoration) durch den künstlerischen Beirat Robert Reppach.

n. **Handwerker-Ausschuß.** Von Vertretern der hier bestehenden Zünfte und Fachvereinigungen ist noch im alten Jahre ein Handwerker-Ausschuß gebildet worden, zum Zweck der Erledigung gemeinsamer Fragen des Handwerks und Gewerbes, Materialbeschaffung, Festsetzung eines einheitlichen Lohnes und Preisbestimmung. Weiter will der Ausschuss eine geregelte Arbeitsvergebung und Steuerung des Submissionswesens erstreben. Der Ausschuss arbeitet in enger Fühlung mit dem Homburger Gewerbeverein, dem Kreisverband für Handwerk und Gewerbe und der Handwerkskammer. Bis jetzt haben sich dem Handwerker-Ausschuß angeschlossen: der Verband baugewerblicher Unternehmer (Maurer, Zimmerleute und Steinmetzen) die Dachdeckervereinnigung, der Verband der Arbeiter im Schreiner- und Schlossergewerbe, die Schlosservereinnigung, die Schmiede- und Schneider-Zünfte, die Vereinigung der Spengler und Installateure, die Pfisterer, Maler- und Weißbindervereinnigung. Von den übrigen Gewerbetreibenden ist der Anschluß in Bälde zu erwarten. Die vor etwa Jahresfrist gegebene Anregung im Gewerbeverein ist dadurch nach umfangreichen, aufbauenden Vorbereitungen zur Talsache geworden und dem lokalen Handwerk eine Stätte gemeinsamen Schaffens bereitet, die sich künftig nach und nach weiter ausbauen soll.

* **Für die Verwertung von freierwerbenden Heeresgütern** für unsere Volkswirtschaft ist im Bereiche der Finanzverwaltung ein besonderes Amt, das Reichsverwertungsamt, geschaffen worden, das dem Reichsschatzamt untersteht. Die Ueberführung aller Läger aus der Militärverwaltung in die Verwaltung des Reichsverwertungsamtes ist vom Kriegsministerium bereits in die Wege geleitet. Auch die Wiederherbeischaffung von gestohlenem Heeresgut gehört zu den Aufgaben des Reichsverwertungsamtes.

Das Reichsverwertungsamt weist deshalb heute in einem Informat darauf hin, daß nach dem von der Reichsregierung am 14. Dezember 1918 erlassenen Gesetz jeder, der die angeordnete Ablieferung unterläßt, sich also nach unrechtmäßiger Weise im Besitz von Heeresgut befindet, mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark bestraft wird.

* **Anstatt der Ausgabe von Neujahrskarten** wurden bei Herrn Bürgermeister Feigen für die Stadtarmen weiter abgeliefert:

Von Herrn Generaldirektor Feldsieber 3 Mt.
„ Herrn Mehrermeister G. F. Groß 2 Mt.

Besitz von

Heeresgut aus unlauteren Quellen

wird bestraft mit

Gefängnis

bis zu 5 Jahren und 100 000 Mark Geldstrafe.

Darum:

Liefert ab!

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8 Friedrichstr. 66

Felice lächelte: „Schön, auf allgemeines Verlangen wird Leo mitgenommen.“

Dann, während sie schon saßen, wandte sich die Tochter plötzlich an den Vater: „Papa, weißt Du eigentlich wie Leo heißt, denn Leo ist doch hier nur sein nomme de guerre.“

„Natürlich, mein Kind, Johann —“

„So, und weshalb werden bei uns die Bediensteten immer umgetauft?“

„Warum? Es war immer so. Bei meinen Eltern schon hieß der Kutscher Leo, der Diener Johann und die Zofe Lina.“

Felice öffnete den Mund — besann sich aber und sagte nichts. Der Vater nahm die Sache so leicht, so gar nicht tyrannisch, was sollte sie da große Worte machen über Rechte, die mit dem Menschen geboren seien, aber bei sich selbst stand's fest: Jeder hatte Anspruch auf den Namen, den ihm die Taufe gab.

Und Leo, oder eigentlich Hans?

Schon wieder war sie bei ihm!

In seltsam verworrenen Gedanken löschte sie ihre Suppe.

(Fortsetzung folgt.)

Betr.: Auszahlung von Gebühren.

Die Auszahlung der Gebühren der infolge Demobilisation aus dem Heeresdienst entlassenen Unteroffiziere und Mannschaften aus den unbefestigten Ortschaften der Kreise Oberaunach und Aisingen wird bei der Kontrollstelle Bad Homburg vorgenommen und zwar für die Leute, deren Familiennamen beginnen mit den Buchstaben

A—D am Montag,	den 6. Januar 1919 vorm. 9—12.30
E—H am Dienstag,	den 7. " " "
I—K am Mittwoch,	den 8. " " "
L—O am Donnerstag,	den 9. " " "
P—Sch am Freitag,	den 10. " " "
St—Z am Samstag,	den 11. " " "

Es haben sich alle diejenigen zu melden, welche am 9. November 1918 und später aus dem Heeresdienst entlassen worden sind und ihre Entlassungsgebühren noch nicht erhalten haben.

Die Leute aus dem besetzten Gebiet erhalten ihre Gebühren durch das Kontrollamt Höchst a. M. jedoch erst auf besondere Bekanntmachung des Kontrollamts Höchst a. M.

Rückständige Pöhnung und Verpflegungsgebühren werden vom Kontrollamt nicht ausbezahlt. Die Leute müssen sich wegen diesen Forderungen an die Truppenteile oder Gefahrruppenteile wenden.

Bad Homburg, den 28. 12. 18.

Kontrollamt

Höchst a. M. — Bad Homburg—Aisingen.
Kontrollstelle Bad Homburg.

Stenographen - Verein Stolze - Schrey

Bad Homburg v. d. Höhe.

Montag, den 6. Januar 1919, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr im Vereinslokal „Frankfurter Hof“

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Begrüßung der aus dem Felde zurückgekehrten Mitglieder,
2. Besprechungen über Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit,
3. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden um ihr Erscheinen gebeten. Anhänger des Einigungs-Systems Stolze-Schrey und Freunde des Vereins sind willkommen.

Der Vorstand.

Deutsche Demokratische Partei

Ortsverein Homburg.

Sonntag, den 5. Januar, vormittags 11 Uhr
im „Schützenhof“ Audenstraße.

Zusammenkunft wahlberechtigter junger Männer, Frauen und Mädchen aller Stände und Berufe zwecks Angliederung an die Jugendgruppe.

Vortrag

des Herrn Oberpostsekretärs Zierau.

■ Freie Aussprache. ■

Alle herzlichst willkommen.

Deutsche Demokratische Partei.
Die Jugendgruppe.

Älter. ruhig. Ehepaar

sucht sofort wegen Hausverkauf
2-3-4-Zimmerwohnung oder
kl. Häuschen zum Alleinbewohnen.

Dasselbst zu verkaufen:

2 eintür. Kleiderschränke
1 grosser einf. Arbeitstisch
1 grosses einf. Real
1 kl. eis. Ofen mit Rohr

fast neu

Zu erfrag. Thomasstr. 1, St.

Steuer-

Erklärungen und -Berufungen, Kriegsgewinn- und Warenumsatzsteuer, Vermögensverzeichnisse usw. werden diskret und korrekt ausgeführt

Elisabethenstrasse 10, I. St.

An- u. Abmeldungen

für Fremde und Dienstpersonal lose und in Blöcken vorrätig in der „Preisblatt-Druckerei“

Ausgabe von Lebensmitteln und Lebensmittelkarten.

Es gelangen folgende Lebensmittel zur Verteilung:

1. **Frisches Fleisch und Wurst** 175 Gramm gegen Ablieferung der Fleischmarken für die Zeit vom 30. Dezember bis 5. Januar am Samstag, den 4. Januar von 2 Uhr ab in den Metzgerläden.

2. **Margarine** 50 Gramm auf Fettmarke Nr. 7 zum Preise von 2,10 M. f. d. Pfd. in den drei städtischen Verkaufsstellen und zwar am
Dienstag, den 7. Januar f. d. Anfangsbuchstaben B—S
Mittwoch, „ 8. „ „ „ R—Z
Donnerstag, „ 9. „ „ „ S—A

3. **Fleisch, Wurst oder Gemüsekonserven** auf die Lebensmittelkarte 1 für jede Person eine Portion zu folgenden Preisen:

- a) eine Dose Fleisch oder Wurst 400 Gramm 4.00 M.
- b) eine Dose Rindfleisch Inhalt 1750 „ netto 16.00 M.
4—5 Portionen)
- c) ein Würfel Gemüse (Inhalt Reis und Erbsen) 0.60 M.

Der Verkauf erfolgt in der Reihenfolge wie bei der Margarine.

4. **Teigwaren und Marmelade.** Das Abholen kann von Dienstag, den 7. Januar ab in den Kolonialwarengeschäften erfolgen.

5. **Kartoffeln** für alle diejenigen Einwohner, welche mit dem Abholen der Kartoffelration für die Zeit bis zum 12. Januar 1919 noch im Rückstande sind, am Samstag, den 4. d. Mts. Zahlung erfolgt im Rathausladen und die Ausgabe im Keller des Hotels Adler.

6. **Brot- und Zuckerkarten.** Die Ausgabe erfolgt am Samstag den 4. ds. Mts. nachmittags von 5 bis 6 Uhr in den Lokalen, in denen die Karten zuletzt ausgegeben wurden.

Die Lebensmittelkarte 1 ist mitvorzulegen.

Bad Homburg v. d. H., den 3. Januar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiterrat.

Lebensmittelversorgung.

 **Instandsetzen, Reinigen** 
von **Ofen, Herde und Centralheizungen**
werden sorgfältigst ausgeführt durch
Baugeschäft Chr. Lanz,
Dorotheenstraße 31. Fernsprecher 20.

Frauen-Versammlung der Deutschen Volkspartei.

**Sonntag, d. 5. Januar, nachm. 5 Uhr
im Saale des Hotel „Kaiserhof“.**

Alle wahlberechtigten Frauen Homburgs u. Umgebung
werden **dringend** zu einer Aussprache über die Werbe-
arbeit zur Nationalversammlung eingeladen.

Der Frauenausschuß d. Deutschen Volkspartei:
Marie Grono-Merfins, Martha Schenk, Anna Schönnemann.
Lina Stroh, Ulrike Wodiczka.

Villa

zu vermieten oder zu verkaufen.

Die dem verstorbenen Architek-
ten Prof. Manchot gehörige Villa,
Dornholzhausen, Marienstr. Nr. 4
ist zum 1. April 1919 zu vermie-
ten oder zu verkaufen.

Nähere Auskunft auf dem Büro
des unterzeichneten Testaments-
vollstreckers.

Rechtsanwalt Dr. Wolff.
Luisenstrasse 101.

Kirchliche Anzeigen.

Gottesdienst in der Erlöser-Kirche.

Am Sonntag nach Neujahr, den 5. Januar.

Vormittags 9 Uhr 40 Min.

Herr Dekan Holzhausen (Ev. Joh. 17, 5—6).

Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst:

Herr Dekan Holzhausen. (Allgemeine Katastrophe).

Nachmittags 5 Uhr 30 Min.:

im Kirchenaal Herr Pfarrer Paulus.

Mittwoch, den 8. Januar abends 8 Uhr
Kirchliche Gemeinschaft im Kirchenaal 3.

Donnerstag, den 9. Januar abends 8 Uhr
10 Min.: Arbeitsstunde mit anschließender
Feier des Heil. Abendmahls.

Gottesdienst in der ev. Gedächtniskirche

Am Sonntag nach Neujahr, den 5. Januar.

Vormittags 9 Uhr 40 Min.:

Herr Pfarrer Paulus.

Mittwoch, den 8. Januar abends 8 Uhr 10
Min.: Arbeitsstunde.